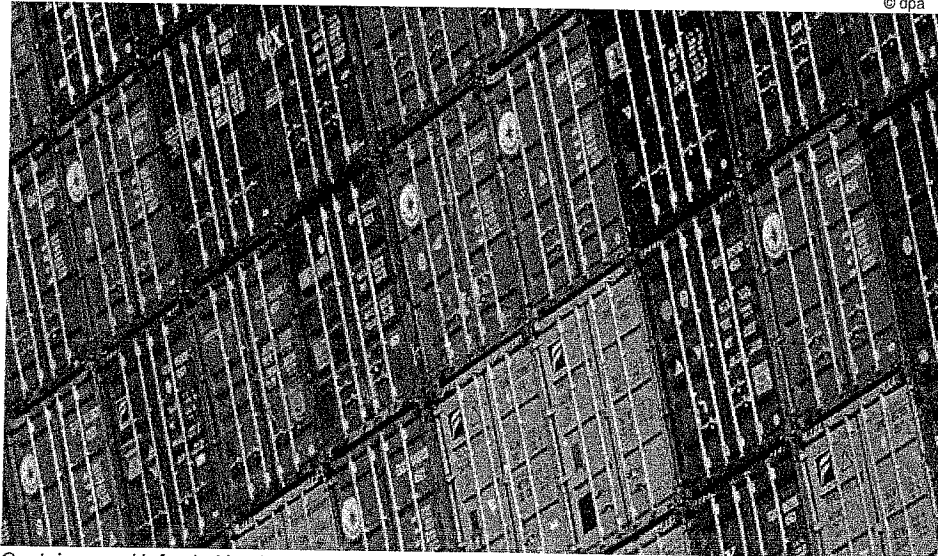


WIRTSCHAFTSWACHSTUM

## Mehr ist nicht

Unsere Wirtschaft muss ständig wachsen. Seit einer Ewigkeit halten rechte wie linke Politiker daran fest. Es ist an der Zeit, damit aufzuhören!

VON Roman Pletter | 20. August 2015 - 03:50 Uhr



Container am Hafen in Hamburg

Ist Ihnen auch ein Schock in die Glieder gefahren vergangene Woche? Nicht? Okay, wahrscheinlich sind Sie kein Konjunkturforscher.

Also, hier die Kurzform: Die Wetterfrösche unter den Ökonomen waren mal wieder ganz aufgeregt, weil die Wirtschaftsleistung in China weniger schnell wächst, als sie erwartet hatten. Die Chinesen produzieren weniger Güter und Dienstleistungen als gedacht, und sie kaufen auch weniger ein. Das macht den Rest der Welt unglücklich. Die deutschen Autobauer zum Beispiel: Denen nehmen die neuen Reichen in Peking nicht mehr so viele große Autos ab.

Auch sonst sind die Wirtschaftsforscher nicht zufrieden. Es geht um jene Zahlen auf den Wirtschaftsseiten Ihrer Zeitungen, die Sie als wenig religiöser Leser wahrscheinlich gern überblättern: die Prognosen für Europa, die USA, zahlreiche Entwicklungsländer, sie waren alle schon mal besser. Allerorten stottern – ja, Ökonomen und Sprache, wirklich keine Entwicklungsgeschichte – Wirtschaftsmotoren unter verkrusteten Strukturen, brodeln Finanzblasen im Dunkel von Schattenbanken, verdüstern sich die Aussichten am Konjunkturm Himmel.

Warum Sie das kümmern sollte?

Vielleicht gehören Sie ja zu jenen Deutschen, die gerade ganz zufrieden sind mit ihrer wirtschaftlichen Lage. Die eigentümliche Inselhaftigkeit der deutschen Wirtschaft in einer Welt der Euro-Krisen und Arbeitslosigkeit ist Ihnen zur Natur geworden. Es gibt mehr Steuereinnahmen als erwartet, der Wohlstand nimmt zu. Als durchschnittlicher Deutscher sagen Sie: Wirtschaftswachstum? Lläuft!

Fühlen Sie sich mal nicht zu sicher. In Wahrheit sind Sie ein wenig sediert von einem Präparat, das Sie und Ihre Familie wie viele andere Menschen in der westlichen Welt seit ein paar Generationen einnehmen. Es heißt: Mehr. Sie nehmen es auf über Politikerreden und Fernsehberichte, und es lässt Sie glauben, dass mehr Wohlstand morgen der Normalfall ist. Es ist ein Optimismuspräparat.

Bislang war das eine gute Sache. Viele Menschen glaubten an das Mehr am folgenden Tag, im folgenden Jahr, im folgenden Jahrzehnt, Unternehmer vertrauten auf den Erfolg ihrer Erfindungen und Vorhaben, und meistens hatten die Menschen dann tatsächlich mehr Geld, mehr Fernsehgeräte, mehr Wohlstand. Auf der Insel Deutschland funktioniert das noch immer ganz gut. Im Rest der entwickelten Welt verändert sich aber etwas. In Spanien oder Griechenland haben viele Menschen keine Arbeit, es gibt weniger Wohlstand als in den Jahren zuvor oder zwar Wirtschaftswachstum, aber deutlich weniger als erwartet.

## **Im behaglichen Deutschland könnte es bald ungemütlich werden**

Trotzdem erneuern Politiker in Europa und den USA, in Großbritannien und Lateinamerika täglich ihr Mehr-Versprechen, um das trostlose Jetzt zu verdrängen, und klingen dabei bisweilen überraschend planwirtschaftlich. "Vier Prozent Wachstum, 19 Millionen neue Jobs" verspricht zum Beispiel Jeb Bush regelmäßig, seit er sich in den USA um die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner beworben hat.

Im Jahr acht der nicht enden wollenden globalen Krise wirken solche Beschwörungen – es gab unzählige von unzähligen Politikern allein in den jüngsten Wochen – ein wenig wie Regentänze von Medizinmännern, die zunehmend verzweifeln, weil kein Regen vom Himmel fällt.

Da ist zum einen das Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten der OECD, das im vergangenen Jahr meist unter zwei Prozent lag. In den Jahrzehnten zuvor war es oft doppelt so hoch gewesen. Dazu deuten weitere Daten darauf hin, dass dieser Trend von Dauer sein könnte. Demnach verändert die Weltwirtschaft gerade ihre Persönlichkeit. Sie sagt den Ökonomen: Ich will keine Mehr-Wirtschaft sein. Ich will nicht mehr wachsen, nicht mehr von Jahr zu Jahr so viel mehr produzieren wie früher.

Über die Gründe und Konsequenzen dieser Veränderung streiten die Ökonomen noch. Sicher ist: Falls die Weltwirtschaft es ernst meint, werden viele Menschen das bald spüren. Auch im behaglichen Deutschland würde es dann ungemütlich.

Es ginge dann nicht nur um jene Arbeitsplätze in der Automobilindustrie, um die sich Branchenexperten wegen der Probleme in China sorgen. Die befürchtete Veränderung der Weltwirtschaft würde dann eine viel grundlegendere Frage aufwerfen, die sich bislang nur auf eine Zeit nach dem Ende des Öls bezog: Was bedeutet es für die Wirtschaftspolitik, wenn sie nicht mehr auf Wachstum setzen kann? Nicht irgendwann, sondern jetzt?

Es droht ein Deal zu platzen, der seit dem Zweiten Weltkrieg ganz gut funktionierte. Der ging so: Staaten, Privatleute und Unternehmen machen Schulden und finanzieren damit Ausgaben für Straßen oder Maschinen. In der Folge machen Unternehmen Gewinn, und Staaten nehmen mehr Steuern ein. So lassen sich später die Kredite tilgen und mit dem Mehr die Zinsen bedienen.

Dieser Deal hatte eine befriedende Wirkung: Es gab weniger Streit darüber, wie viel die Wohlhabenden den Armen abgeben müssen. Der Glaube an eine bessere Zukunft hat die Welt zu einem lebenswerteren Ort gemacht. Das war die gute Seite.

Doch das Versprechen hat auch eine negative, eine gefährliche Seite: Falls das Mehr nicht genug wächst, brechen Verteilungskonflikte auf, die viele Gesellschaften mit den Schulden aus der Vergangenheit in die Zukunft verschoben haben. Diese Zukunft ist jetzt angebrochen.

Zum Beispiel in Griechenland: Die Menschen im Jetzt müssen für in der Vergangenheit aufgenommene Kredite bezahlen. Die Jugend des Landes leidet unter den Ausgaben der Eltern. Außerdem gibt es Streit darum, ob die reichen Länder Griechenland Schulden erlassen. Auch da geht es um Verteilung. Es werden die Kinder der Gläubiger leiden, die nun noch einmal Kredit gewähren. Der wird wohl nicht zurückbezahlt werden, wenn die Kinder erwachsen sind.

Oder Amerika: Privatleute hatten Kredite für überteuerte Häuser und Konsum aufgenommen. Sie gaben das Geld aus, ohne daraus mehr zu machen. Am Ende konnten sie ihre Kredite nicht tilgen, Banken gingen pleite, sodass die Steuerzahler die Institute retteten. Menschen im Jetzt bezahlten für die Ausgaben in der Vergangenheit mit einer schlimmen Krise.

Es ist nicht so, dass die Welt daraus gelernt hätte. Sie hofft weiter auf das Versprechen vom Mehr, um im Jetzt weniger um Verteilung streiten zu müssen.

Selbst bei Griechenland setzen die politisch Verantwortlichen auf das alte Rezept: Der verschuldete Staat und seine Gläubiger streiten zwar darüber, ob das Land mehr sparen oder mehr ausgeben soll. Das Ziel der Vorschläge ist aber immer dasselbe: Wirtschaftswachstum für Griechenland. Kein Mensch glaubt, dass es groß genug ausfallen kann, um später den Schuldenberg abzutragen. Aber durch das Versprechen vom Mehr lässt sich diese unbequeme Wahrheit besser verdrängen.

Wir fassen mal zusammen: In China wächst die Wirtschaftsleistung weit weniger als erwartet. Daran hängt auch das Mehr in vielen anderen Ländern der westlichen Welt, zum Teil auch in Deutschland. Das ist an sich schon nicht sehr schön. Aber es könnte, das behaupten einflussreiche Ökonomen, nur der Anfang einer viel grundlegenderen Entwicklung sein: der vom Ende des Mehr, mit allen Verteilungskonflikten, die daraus folgen.

Also noch mal die Frage: Führt Ihnen nun auch ein Schreck in die Glieder?

Ohne Wirtschaftswachstum wäre die Menschheit kränker und hungriger, es gäbe weniger Nahrung und weniger Medikamente, und dort, wo es den Menschen besonders gut geht, hätten sie auch weniger Spaß ohne Smartphones, ohne Autos, ohne Fernreisen. Ohne Wirtschaftswachstum wäre die westliche Welt ein trostloser Ort voll harter Überlebensarbeit.

Es ist gar nicht so lange her, dass der Mensch in seiner ökonomischen Karriere als einsamer Selbstversorger auf der Stelle trat. Bis ins Mittelalter nahm das, was die meisten Länder auf der Welt von Jahr zu Jahr pro Kopf produzierten, kaum zu. Doch irgendwann wurde der sich selbst versorgende Landwirt ein Mehr-Mensch.

Der Mehr-Mensch spezialisierte sich. Als Experte konnte er mehr Getreide produzieren oder mehr Vieh aufziehen. Er steigerte, wie Ökonomen sagen, seine Produktivität. Schließlich begann der Mehr-Mensch mit anderen Mehr-Menschen zu tauschen, also: Handel zu treiben – und so hatten sie alle mehr Getreide und Vieh als zuvor.

Als Spezialist trat der Mensch auf diese Weise eine der wirkmächtigsten Entwicklungen der Sozialgeschichte los: das Wirtschaftswachstum der Moderne.

Mit der Industriellen Revolution kannte er schließlich kein Halten mehr. Apparate webten Tücher, bearbeiteten Metall, transportierten Güter, während viele durch Maschinen ersetzte Landarbeiter in die Städte zogen. Dort arbeiteten sie in den Fabriken und verdienten Geld. Angebot schuf Nachfrage schuf Angebot schuf Nachfrage. Sogar während der Weltkriege ging es in erstaunlichem Tempo weiter.

Nach 1945 beschleunigte sich die Entwicklung sogar noch einmal. Das lag auch an einem neuen Politikertyp: dem Mehr-Politiker. Der Mehr-Politiker machte das Mehr an Wohlstand zum Wahlversprechen und Politikziel. Zu Hilfe kam ihm dabei die Wirtschaftswissenschaft. Als Ökonomen in den dreißiger Jahren neue statistische Methoden einsetzten, konnten sie auf einmal auch das große Ganze in Zahlen ausdrücken – und die wichtigste Zahl von allen wurde geboren: die zum Bruttoinlandsprodukt, kurz: BIP.

## **Der Klassenkonflikt schien überwunden**

Mit dem BIP gaben die Ökonomen dem Wohlstand einen Namen. Er ließ sich nun messen und vergleichen als Wert aller produzierten Dienstleistungen und Waren einer

Volkswirtschaft. Der Mehr-Mensch konnte nun prüfen, ob der Mehr-Politiker sein Versprechen einlöste. Die Wirtschaftswissenschaft wurde zum wichtigsten Ratgeber der Politiker und auf diese Weise zu einer mächtigen Sozialwissenschaft. Sie begann diesen Aufstieg, als sie nach dem Zweiten Weltkrieg ins Zentrum der Macht einzog und von dort aus weiter in Europas Hauptstädte.

Im August 1946 ernannte US-Präsident Harry Truman einen Rat von Wirtschaftsexperten, den Council of Economic Advisers. Die meisten Mitglieder waren Ökonomen und sollten Wege zu zwei Zielen finden: zu Vollbeschäftigung und einer stabilen US-Wirtschaft. Ende 1949 schrieben die Ratsmitglieder ein weiteres Ziel auf: "Unsere Geschäftswelt und mit ihr unsere ganze Volkswirtschaft können und sollten weiter wachsen."

Die Idee wurde zum Einfallstor der ökonomischen Theorie in nahezu alle Politikbereiche: "In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben amerikanische politische Führer, Bürokraten und Intellektuelle eine Folge von Wachstumsregimen geschaffen, die alle Wachstum als Selbstzweck verfolgten und, noch wichtiger, Vehikel waren, um eine bemerkenswerte Vielzahl anderer, ideologischer Ziele zu erreichen", schreibt der Wirtschaftshistoriker Robert M. Collins in seiner Abhandlung *Mehr. Die Politik des Wirtschaftswachstums im Nachkriegsamerika*.

Collins zeigt das anhand mehrerer Präsidentschaften. 1950 zum Beispiel verheirateten die Sicherheitspolitiker die Strategie des Kalten Krieges mit der Doktrin des Mehr. Sie entwickelten etwa die Idee, ökonomisches Wachstum zu nutzen, um Aufrüstung und globale Eingriffe zu finanzieren, ohne den Lebensstandard zu Hause zu gefährden.

So geht es dann weiter, Präsident um Präsident, mal links, mal rechts, und immer: mehr. Lyndon B. Johnson versucht es mit ausgabenorientierten Sozialprogrammen, Ronald Reagan mit marktliberaler Deregulierung, die private Initiative fördern sollte.

Links gedreht, machte der Staat Schulden für seine Programme, rechts gedreht, ermöglichte er durch deregulierte Finanzmärkte private Schulden, mit denen sich die Menschen ein schönes Jetzt erkaufte unter der Voraussetzung, dass morgen mehr da ist, um alles zu bezahlen. Im Jetzt hatte das den schönen Effekt, dass ein jeder mehr ausgeben konnte, als er hatte.

Stets lieferten Ökonomen zur jeweiligen Ideologie die passenden Rezepte. "Wachstum versprach einen Weg, alte Probleme zu lösen und neue ideologische Agenden zu verfolgen. Es bot sowohl einen Weg, diese Ziele zu erreichen, als auch, sie zu legitimieren", schreibt Collins.

Der Klassenkonflikt zwischen Arm und Reich schien durch das Mehr-BIP überwunden, es wurde zum ideologischen Erfolgsexport. Seine "Politik der Produktivität" übertrug Amerika, so beschreibt es der Historiker Charles S. Maier, unmittelbar auf den Rest der Welt. Der Marshallplan brachte sie nach Europa. In den Regalen der Supermärkte stand

nun Coca-Cola, in den Regalen mit den Ideen die vom Wachstum. In Deutschland gibt es seit den sechziger Jahren sogar ein Stabilitäts- und Wachstumsgesetz.

Doch nun drängt sich eine neue Idee ins Regal. Wie alle wirkmächtigen ökonomischen Ideen der Nachkriegszeit kommt sie aus der akademischen Welt der USA. Sie lautet: Wir erleben den Beginn eines neuen Zeitalters. Das BIP in der westlichen Welt wird für lange Zeit nicht mehr stark wachsen. Die Wissenschaftler sprechen von "säkularer Stagnation", als träfe eine religiös begründete Wachstumserwartung auf eine andere, weltliche Wirklichkeit.

Der lautstärkste Vertreter der These heißt Larry Summers. Das ist bemerkenswert, weil der Harvard-Professor als Bill Clintons Finanzminister und Barack Obamas ökonomischer Chefberater einen großen Teil seines Lebens der Jagd nach dem Mehr gewidmet hat. Und es ist relevant, weil Summers' Schlussfolgerungen gerade das Denken vieler Ökonomen und vieler Politiker auch in Europa beeinflussen.

Summers beobachtet, dass Unternehmen weniger Schulden aufnehmen, um zu investieren. Wenn sie aber nicht investieren, können sie auch nicht mehr produzieren, was heißt: Sie tragen nichts zum Wachstum des BIP bei. Gleichzeitig liegen riesige Summen nutzlos auf Konten herum, weil niemand sie gewinnbringend verwendet. Zudem schadet es dem BIP-Wachstum, dass die Gesellschaften im Westen älter werden und weniger Menschen arbeiten.

Neue Technologien wie das Internet können diese Entwicklungen offenbar nicht aufhalten. Sie verändern zwar den Alltag der Menschheit. Bislang erhöhen sie aber deren Produktivität nicht, wie es Eisenbahn und Elektrizität im 19. Jahrhundert taten. Selbst optimistische Ökonomen, die durch die Digitalisierung eine neue industrielle Revolution am Werk sehen, erwarten, dass es noch Jahrzehnte dauern kann, bis sich deren Segnungen in Wirtschaftswachstum niederschlagen – und dass dies mit großen Verteilungsproblemen einhergehen wird, bei denen wenige zu den Gewinnern und viele zu den Verlierern zählen werden.

Es sieht also nicht gut aus für den Mehr-Menschen. Und jetzt?

Summers fordert etwas, das zunächst einmal nicht neu scheint, aber noch eine Pointe haben wird: Der Staat soll einspringen. Er soll sich die Ersparnisse von den Bürgern leihen und das Geld selbst in Straßen, Brücken und andere Infrastruktur investieren. Die Staatsausgaben würden zu Aufträgen für Unternehmen führen, die wiederum investierten, irgendwann würden die Zinsen steigen, weil weniger Ersparnisse da wären, alles würde wieder etwas besser.

Viele Politiker finden Summers' Lösung sympathisch, weil Geld auszugeben, das künftige Generationen aufbringen müssen, erst einmal hilft, Wähler im Jetzt glücklich zu machen. Es ist die politisch billigste Art der Verteilung. Wirtschaftsminister Gabriel hat schon

eine Kommission eingesetzt, die ihm eine Choreografie für seinen Wachstumsregentanz entwerfen soll. Sie rät unter anderem zu mehr öffentlichen Investitionen. Auch die EU-Kommission plant ein sogenanntes Investitionsprogramm.

Manche Ökonomen aber sagen, staatliche Investitionen könnten das Problem nicht lösen. Sie sagen, dass nur Bürokratie und anderer politischer Einfluss Unternehmen zu sehr am Wachsen hindere.

Womit wir an einer alten Frontlinie stehen. Diese Frontlinie haben amerikanische Wirtschaftswissenschaftler einmal gezogen, und seitdem bestimmt sie den Meinungsstreit.

Mal schauen, wer dieses Mal gewinnt: süß oder salzig?

Grob gesagt, sind die Salzwasserökonomien traditionell eher für mehr staatliche Steuerung der Wirtschaft als für weniger, für einen starken Sozialstaat und dafür, die Nachfrage nach Gütern zu stärken. Sie heißen so, weil sie ihre Heimat an der Universität Harvard und am Massachusetts Institute of Technology (MIT) haben, die in Cambridge am Atlantik sitzen.

Die Süßwasserökonomien glauben derweil an freie Märkte, einen kleinen Sozialstaat und daran, die Angebotsseite zu fördern, also Unternehmen die Arbeit leicht zu machen. Sie kommen von der Universität Chicago am süßen Michigan-See.

Für Amerikaner bedeutete die Wahl des Präsidenten nach dem Zweiten Weltkrieg meistens auch, zwischen dem süßen und dem salzigen Weg zu wählen, der dann über den Council of Economic Advisers seinen Ausdruck im Weißen Haus und über intellektuellen Export auch im Rest der Welt fand. Salz gilt als politisch eher links, süß als eher rechts. Das große Wachstum versprachen alle Präsidenten.

Bis Ronald Reagan das Weiße Haus übernahm, waren dort vor allem die salzigen und eher linken Leute zu Hause. Mit ihm änderte sich das. Ökonomen in Chicago hatten Reagans Liberalisierung der Finanzmärkte intellektuell schon vorbereitet, er musste deren bankenfreundliche Ideen in den achtziger Jahren nur noch umsetzen.

## **Kein großes Mehr-BIP mehr!**

Reagans Nachfolger, auch der Demokrat Bill Clinton mit seinen Sozialreformen, gingen den Chicago-Weg weiter. Erst mit Barack Obama zog ein Mann ins Weiße Haus, der mit der gesetzlichen Krankenversicherung ein linkes sozialpolitisches Projekt wagte. Ansonsten herrschte Ausnahmezustand wegen der Finanzkrise, die Obama mit gewaltigen staatlichen Ausgabenprogrammen und Bankenrettungen bekämpfte, intellektuell unterfüttert vom Council of Economic Advisers.

Dort saß: Larry Summers, der sich heute die großen Sorgen um das Wirtschaftswachstum und die säkulare Stagnation macht – und der in der Geschichte der jüngsten Krise eine irritierende Doppelrolle einnahm. Als Finanzminister unter Präsident Bill Clinton tat

er sich Ende der neunziger Jahre hervor als freundlicher Helfer der Banken. Er machte sich für weniger Regeln in deren Geschäft stark. Später stand er auch in Diensten eines Wall-Street-Unternehmens. Als Berater Obamas arbeitete Summers dann daran, mit schuldenfinanzierten Staatsausgaben die Finanzkrise zu bekämpfen und Banken zu retten, die auch wegen der von ihm zuvor gelockerten Regeln die Welt ins Chaos gestürzt hatten.

Summers hat gewissermaßen Süß- und Salzwasser vermischt, was zur allgemeinen Verwirrung passt. Die Linken wollten im Zuge der Krise auf einmal Banken retten, und selbst die Rechten waren für staatliche Interventionen (vor allem im Sinne der Banken). Aus Süß- und Salzwasserökonomen wurden Brackwasserökonomen.

Doch dann kam vor einem Jahr ausgerechnet Larry Summers, der Wachstumsökonom par excellence, und sagte in zwei aufsehenerregenden Reden: Sorry, Leute, säkulare Stagnation. Kein großes Mehr-BIP mehr! Seitdem beschäftigt die Idee die Wirtschaftswissenschaftler.

Sollte es tatsächlich vorbei sein mit dem Mehr, sollte Summers' These halten, dann stellt sich eine wichtige Frage: Was bedeutet es für Wirtschaftspolitik, wenn sie Verteilungskonflikte nicht mehr in die Zukunft verschieben kann?

Gerade erst liegt ein Verteilungskonflikt in der westlichen Welt offen zutage, den ein weiterer, bislang wenig diskutierter verstärken wird – und den zu beheben es bisher keine Rezepte gibt.

Offensichtlich ist der Verteilungskonflikt, wonach die Steuerzahler und die wegen der jüngsten Krise Arbeitslosen für die Ausgaben heute bezahlen, die Amerikaner und viele Europäer in der Vergangenheit getätigt haben. Zentralbanken und Regierungen haben das alte salzige Rezept eingesetzt, um ihnen zu helfen: schuldenfinanzierte Staatsausgaben und niedrige Zentralbankzinsen. Dabei hat die jüngste Finanzkrise in den USA genau so begonnen: mit einer Zentralbank, die viel Geld gedruckt hat, und Menschen, die es sich geliehen und damit überteuerte Häuser gekauft haben, um zu den Vermögenden aufzuschließen. Und sie hat gezeigt, wer vor allem unter Rezession und Arbeitslosigkeit leidet, wenn die Spekulationsblase platzt. Es sind die Armen und die Mittelschicht. Derweil profitieren die Reichen von den steigenden Preisen für Wertpapiere und Wohnungen.

Das erinnert an ein Phänomen, das der Ökonom Fred Hirsch in den siebziger Jahren in einem Buch unter dem Begriff der sozialen Grenzen des Wachstums beschrieben hat und das einen anderen Verteilungskonflikt eröffnet: Diejenigen, die nicht an der Spitze der Einkommens- und Vermögensverteilung sind, strengen sich an, um nach oben hin aufzuschließen. Wenn die materiellen Grundbedürfnisse befriedigt sind, wollen die Menschen Güter, die begrenzt sind: attraktive Arbeit oder Prestigegüter. Der Eingang zu dieser Welt bleibt den meisten Menschen aber verschlossen, und weil sie sich alle auf



einmal danach strecken, steigen deren Preise sogar. Es profitieren am Ende noch einmal diejenigen, die diese Güter schon haben.

Die jüngste Krise des Kapitalismus weist darauf hin, dass Hirsch sehr weitsichtig war. Das reichste Prozent der Deutschen etwa besitzt heute gut ein Drittel der Vermögen, sozialer Aufstieg ist in hohem Maße abhängig von der familiären Herkunft. Die sozialen Grenzen des Wachstums werden schon sichtbar, mehr BIP wird sie nicht lösen. Es geht zwar nicht wie bei Hirsch um Seegrundstücke, aber zum Beispiel um teure Wohnungen in beliebten Stadtteilen großer Städte, von denen das BIP nicht mehr schaffen kann.

Dazu kommt der Wettlauf um besondere Arbeitsplätze. Es sind ja vor allem digitale Technologien, die traditionelle Industrien und Arbeitswelten in der entwickelten Welt gerade umbauen und ablösen. Doch sie werden zumindest auf absehbare Zeit vor allem den digitalen Eliten nutzen. Die brauchen nur wenig Kapital und Mitarbeiter. Auf der Strecke bleiben die vielen, die keine Chance haben, einen der begehrten Jobs zu ergattern, egal, wie sehr sie sich ausbilden. Es gibt einfach nicht genug dieser Stellen. Auch das hat Fred Hirsch in ähnlicher Form vorhergesehen.

Im Ergebnis bringt der Kampf um knappe Prestigegüter und zukunftsfrüchtige Arbeit für die meisten kein Mehr – sondern Frustration. In halb Europa ist schon zu sehen, wohin das führen kann, zumal wenn das BIP auch nicht mehr wächst. Es ist schwer vorstellbar, dass Deutschland sich der Entwicklung ewig wird entziehen können.

Gerade gibt es wenig Arbeitslosigkeit und einen stabilen sozialen Frieden. Es wäre die rechte Zeit, um sich auf beides vorzubereiten – die Grenzen des BIP und die sozialen Grenzen des Wachstums.

Kein Süß-, Salz- oder Brackwasserökonom kann mit Gewissheit einen Ausweg aus der BIP-Krise weisen. Die Wahrheit ist nämlich: Niemand weiß, ob Wirtschaftswachstum, wie die Welt es zu messen gelernt hat, ein normaler Zustand bleiben wird oder nicht, und niemand weiß, welche Dosierungen von Salz-, Süß- und Brackwasser nun in welcher historischen Situation dazu beitragen. Gerade sieht es zumindest nicht so aus, als hätten staatliche Schulden sich als segensreich erwiesen, ebenso wenig wie die privaten Schulden, die Staaten nach Bankenrettungen übernahmen. Die Welt wirkt versalzen. Gleichzeitig scheint aber die radikale Sparpolitik, wie sie Griechenland erlebt, ein Klima der Frustration zu schaffen, in dem sich alle auf die Zehenspitzen stellen, ohne ihre Lage zu verbessern.

Selbst Schwellenländer machen keine Hoffnung mehr. Lange dachten Unternehmer und Analysten, Brasilien, China, Indien könnten der westlichen Welt beim Wirtschaftswachstum helfen, weil sie deren Autos und Maschinen einkaufen und weil sich dort Geld investieren lässt. Die aktuellen Wachstumswahlen dämpfen diese Hoffnung – und auch mittelfristig gibt es keine Garantie. Warum sollten diese Länder ihren Wohlstand auf

ewig mit der entwickelten Welt teilen, zumal die Bevölkerung in vielen dieser Länder sogar wächst?

Wie wäre es also mal mit einem Versuch? Wie wäre es mit mehr Vertrauen in den Mehr-Menschen und seine Fähigkeit, als Bürger und Unternehmer zum BIP beizutragen? Dafür könnte man den Politiker für einen Moment aus der Pflicht entlassen, ein Mehr-Politiker zu sein. Es sollte ihm verboten werden, das Wort Wirtschaftswachstum in seinen Reden zu verwenden.

Er bekäme dann auf Basis der im Jetzt gemessenen Daten die Aufgabe, in die Zukunft verschobene Verteilungskonflikte zu bearbeiten, in den Sozialsystemen zum Beispiel oder in der Euro-Zone, wo Griechenland viele unsinnige Sparauflagen bekommen hat, ohne dass es dadurch seine Schulden zurückzahlen können. So ginge es dann weiter, Politikbereich um Politikbereich, mit demokratischen Entscheidungen darüber, wer was abbekommt. Immer unter der Annahme: Die Weltwirtschaft macht gerade eine Persönlichkeitsveränderung durch, das Mehr-BIP kommt erst mal nicht zurück.

Dazu käme eine weitere schwierige Aufgabe: Lösungen für jene sozialen Konflikte um Arbeit und Prestigegüter zu finden, wie sie Fred Hirsch beschrieben hat. Vielleicht ließe sich das Land ja auf andere Wohlstandsindikatoren als das BIP ein, also auf Zufriedenheit, Sicherheit, Frieden, solche Sachen. Vielleicht sogar auf: Freizeit.

So das Mehr-BIP dann zurückkommt, umso besser. Der Mensch ist ja ein Wesen, das sich laufend neue Dinge ausdenkt, um zum Beispiel mit grüner Technologie Ressourcenknappheit zu überwinden oder einfach um länger zu leben. Warum sollte es ihm nicht gelingen, dem Wirtschaftswachstum zum Comeback zu verhelfen? Darauf verlassen sollte sich aber niemand. Der Staat sollte das Geld erst ausgeben, wenn es da ist, und nicht jetzt schon damit planen.

Das ist nur so eine Idee, vielleicht ist sie ein bisschen naiv. Aber das Mehr-BIP als Maß aller Dinge war auch mal nicht mehr als eine Idee – die dann sehr mächtig wurde.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2015/32/wirtschaftswachstum-krise>